

Doris Fürstin v. Sayn-Wittgenstein MdL
Vorsitzende des AfD-Landesverbandes Schleswig-Holstein

9. September 2018

PRESSEMELDUNG 48/2018

Empörungsrhetorik im Landtag

Die Aktuelle Stunde am 05. September 2018 hatte es in sich!

Aber weniger in der Auseinandersetzung um die skandalisierte Stellungnahme, die ich in einer Pressemitteilung zur Bluttat an Daniel H. in Chemnitz (siehe: <http://afd-sh.de/index.php/8-bundespartei/1182-genug-ist-genug-messermord-an-daniel-wut-treibt-tausende-buerger-auf-die-strasse>) veröffentlicht hatte (das war nur vorgeschoben), als vielmehr angesichts der würdelosen Einlassungen der Altparteien.

Ich mußte mich dafür beschimpfen lassen, daß ich die Regierungsparteien für die Opfer illegal eingereister Täter politisch verantwortlich gemacht hatte.

Der politisch übrigens vollkommen unverdächtige Verfassungsrechtler Di Fabio attestiert der Kanzlerin mit ihrer Politik der offenen Grenzen einen fortgesetzten Rechtsbruch. Wörtlich schreibt er in einem Beitrag für „Cicero“: „Die Staatsgrenzen sind die tragenden Wände der Demokratien.“

Und deshalb geht der auch im schleswig-holsteinischen Plenum erhobene Ruf nach dem Verfassungsschutz für die AfD vollkommen an der Sache vorbei.

Hinzukommt: Wenn man die aktuellen Umfragewerte in den mitteldeutschen Ländern anschaut (die AfD liegt mit 27% vor der CDU!), ist diese Forderung sowohl unverschämt als auch lächerlich. Man kann nicht fast 30 % des Volkes vom Verfassungsschutz beobachten lassen.

Wer so etwas fordert, hat die Regeln der Demokratie nicht begriffen und muß sich nicht wundern, wenn er bei Wahlen abgestraft wird.

Wenn etwas verfassungswidrig war, dann die Ermöglichung unkontrollierter und illegaler Einreisen seit dem Jahr 2015. Daran halte ich ausdrücklich fest.

Zu meinem Redebeitrag, der – selbstverständlich – auch Kritik fand, weil ich nicht eingeknickt bin: <http://m7k.ltsh.de/embed.php?b=1536137463&e=1536137530>